

ANTRAGSBROSCHÜRE

- Antrag A „Gut geschützt und gerüstet – Bevölkerungsschutz geht uns alle an“
des Vorstands der Frauen Union der CDU Deutschlands
 - Änderungsanträge zu Antrag A: A1-A25

an den 36. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands
am 24./25. Mai 2025 in Reutlingen

			Votum der Antragskommission
A	Zeile	Bundesvorstand	
	1		
	2		
	3		
	4		
	5		
	6		
	7	Gut geschützt und gerüstet - Bevölkerungsschutz geht uns alle an	
	8	Naturkatastrophen wie die Flutkatastrophe im Ahrtal und in Nordrhein-Westfalen 2021, Hitzesommer, große Waldbrände, Orkane und vor allem auch die Corona-Pandemie haben sich mit ihren Herausforderungen und Folgen ins kollektive Gedächtnis eingebrannt.	
	9		
	10		
	11		
	12		
A1		LV Sachsen-Anhalt Zeile 9-10: Nach „Nordrhein-Westfalen“ füge ein „im Juli“	Annahme
A2		LV Schleswig-Holstein Ergänze in Zeile 10: Sturmfluten	Annahme

A3		LV Sachsen-Anhalt Zeilen 10 bis 12: Ändere „...Hitzesommer, große Waldbrände, Orkane und vor allem auch die Corona-Pandemie haben sich mit ihren Herausforderungen und Folgen ins kollektive Gedächtnis eingebrannt.“ in „...große Wald- und Flächenbrände, extreme Wetterverhältnissen wie Hitzesommer und Unwetter mit Orkanen waren und sind prägende Ereignisse. Auch die Corona-Pandemie hat sich mit ihren Herausforderungen und Folgen tief ins kollektive Gedächtnis eingebrannt.“	Annahme
	13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28	Die veränderte sicherheitspolitische Lage durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, damit einhergehende Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, terroristische Anschläge, Extremismus sowie neue geostrategische Herausforderungen, nicht zuletzt durch die Politik von US-Präsident Donald Trump, erfordern ein Umdenken in Deutschland und Europa. Krisen und Katastrophen machen nicht an unseren Ländergrenzen halt. Der Auf- und Ausbau der Bundeswehr und unserer militärischen Verteidigungsfähigkeit muss Hand in Hand gehen mit einer Stärkung des Bevölkerungsschutzes im Krisen- und Katastrophenfall und für den Fall der zivilen Verteidigung. Nur durch eine ganzheitliche Herangehensweise kann die Sicherheit Deutschlands umfassend gewährleistet werden. Innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen, ihre Stärkung duldet keinen Aufschub.	

	29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39	In einer Katastrophe darf es nicht katastrophal laufen Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist vielen wieder ins Bewusstsein gerufen worden, dass Frieden in Europa und in Deutschland keine Selbstverständlichkeit ist. Teil der sogenannten „Friedensdividende“ nach dem Ende des Kalten Krieges war, die Ausgaben in Verteidigung und Zivilschutz zurückzufahren. 2011 wurde die Wehrpflicht und damit auch der Dienst in Wehersatzorganisationen ausgesetzt, weil man davon ausging, dass die sicherheitspolitische Lage sich dauerhaft verändert habe. Heute erleben wir erneut eine Zeitenwende.	
A4		LV Sachsen-Anhalt Zeilen 38-39: Streiche: „Heute erleben wir erneut eine Zeitenwende.“	Annahme
	40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55	Während die Debatte für eine Stärkung der Bundeswehr auch in der Breite der Bevölkerung geführt und die Notwendigkeit dafür geteilt wird, ist das Bewusstsein für eine Stärkung des Bevölkerungsschutzes im Krisen- oder Katastrophenfall kaum gewachsen. Die wenigsten können und wollen sich vorstellen, dass Deutschland Ziel kriegerischer Aggressionen sein könnte, obwohl wir es längst sind. Schon heute sind feindliche Sabotageangriffe, Auftragsmorde, Cyberattacken, Desinformation und Fakenews zur Destabilisierung an der Tagesordnung. Nur wenn Deutschland besser darauf vorbereitet ist, können wir uns wirksam schützen. Dabei ist jede und jeder Einzelne gefragt. Ein effektiver Bevölkerungsschutz braucht ein starkes gesellschaftliches Fundament und die Selbsthilfe der Bevölkerung. Denn auch wir sind verwundbar. Die Risikowahrnehmung und das Bewusstsein dafür müssen jetzt sehr rasch wachsen, die notwendigen	

	56 57	Handlungskompetenzen und -fähigkeiten schnell entwickelt und ausgebaut werden.	
A5		LV Sachsen-Anhalt Zeile 48: Nach „Destabilisierung“ füge ein „unserer Gesellschaft“	Annahme
A6		LV Sachsen-Anhalt Zeilen 50: Streiche: „darauf“	Annahme
A7		LV Sachsen-Anhalt Zeile 53: Ändere „Selbsthilfe der Bevölkerung“ in „die Fähigkeit und den Willen der Bevölkerung zur Selbsthilfe“	Annahme
A8		LV Sachsen-Anhalt Zeile 53: Streiche: „auch“	Annahme

A9	LV Sachsen-Anhalt Zeilen 54 bis 57: Ändere „Die Risikowahrnehmung und das Bewusstsein dafür müssen jetzt sehr rasch wachsen, die notwendigen Handlungskompetenzen und -fähigkeiten schnell entwickelt und ausgebaut werden.“ in „Das Risikobewusstsein muss jetzt rasch wachsen und die notwendigen Handlungskompetenzen müssen schnell entwickelt und ausgebaut werden.“	Annahme
58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73	Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig belastbare und effiziente Strukturen und eine gut vorbereitete Bevölkerung sind. Dies gilt ebenso für Hochwasser, Stürme, Dürren und Waldbrände oder den Ausfall Kritischer Infrastrukturen etwa durch Terrorismus und Cyberangriffe oder den Schutz vor Gefahren und Folgen von Kriegen und kriegerischen Konflikten. Andere Staaten, wie Estland, Finnland, Israel, Lettland, Litauen, Polen und Schweden sind aufgrund historischer Erfahrungen und eines anderen Gefährdungsbewusstseins deutlich besser vorbereitet. Ein gemeinsames Verständnis der Lage in der Bevölkerung ist Grundlage für eine breite Akzeptanz und aktive Mitwirkung der Bevölkerung im Ernstfall. Gut vorbereitet zu sein, schürt keine Angst und Panik, sondern führt zu Vertrauen und schafft Sicherheit.	

A10		LV Sachsen-Anhalt Zeilen 66-68: Streiche „Andere Staaten, wie Estland, Finnland, Israel, Lettland, Litauen, Polen und Schweden sind aufgrund historischer Erfahrungen und eines anderen Gefährdungsbewusstseins deutlich besser vorbereitet.“ A) <i>ERSATZLOSE STREICHUNG</i> B) Ergänzung „Andere europäische Staaten, wie z. B. Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden sind deutlich besser vorbereitet. Eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung mit unseren europäischen Nachbarn ist sowohl sinnvoll im Hinblick auf künftige Risiken als auch äußerst hilfreich für die Bemühungen um eine bessere Aufstellung Deutschlands.“	Annahme in geänderter Fassung Ergänze in Zeile 66-68: Andere Staaten, wie Estland, Finnland, Israel, Lettland, Litauen, Polen, Schweden und die Ukraine sind aufgrund historischer Erfahrungen und eines anderen Gefährdungsbewusstseins deutlich besser vorbereitet. Eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung mit unseren europäischen Nachbarn ist sowohl sinnvoll im Hinblick auf künftige Risiken als auch äußerst hilfreich, für die Bemühungen um eine bessere Aufstellung Deutschlands.
A11		LV Sachsen-Anhalt Zeilen 72-73: Streiche: „schürt keine Angst und Panik“	Ablehnung
	74 75 76 77 78 79 80 81	Wo stehen wir? Für den Bevölkerungsschutz ist die Zuständigkeit in Deutschland auf Bund, Länder und weitere Verwaltungsebenen aufgeteilt. Der Bund ist für den Zivilschutz zuständig, d.h. den Schutz der Bevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren. Seit 2004 ist das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die zentrale Organisationseinheit des Bundes für die zivile Sicherheit.	

	82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101	Für den Katastrophenschutz sind die Länder und Landkreise verantwortlich, der Brandschutz ist Sache der Kommunen. Die Feuerwehren, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und die Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz (DRK), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst und die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) bilden ein breites Netzwerk, das wesentliche Aufgaben für den Schutz der Bevölkerung wahrnimmt. Dieses Netzwerk kann auf rund 1,7 Millionen meist ehrenamtliche Einsatzkräfte bauen und hat sich in vielen Krisen bewährt. Die Aufgabenbereiche sind durch die gegenseitige Amts- und Katastrophenhilfe, die Aufwuchsfähigkeit und den „Doppelnutzen“ der Ressourcen für Katastrophenschutz und zivile Verteidigung miteinander verzahnt. Diese gewachsenen Strukturen müssen jetzt rasch weiterentwickelt werden, um vernetzt schlagkräftiger und effizienter einsatzbereit zu sein. Dabei müssen alle Ebenen von der Europäischen Union bis hin zu den Kommunen einbezogen werden.	
A12		LV Baden-Württemberg Füge nach Zeile 101 ein: Resilienz beginnt vor Ort. Wir fordern daher eine gezielte Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit im Bevölkerungsschutz, im Einzelnen: • eine auskömmliche Finanzierung aufgabengerechter Strukturen, insbesondere im Bereich Ausstattung, Ausbildung und Notfallvorsorge, • eine systematische Einbindung kommunaler Krisenstäbe in Planungen auf Landes- und Bundesebene sowie in Aus- und Fortbildung, • den Aufbau und die Förderung ortsnaher Resilienznetzwerke – für Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, Notfalltreffpunkte und kommunale Warn- und Informationssysteme,	Annahme

		• und die Verbesserung der digitalen Ausfallsicherheit in kommunalen Verwaltungen und Infrastruktur für den Ernstfall.	
102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120		Für einen Paradigmenwechsel im Bevölkerungsschutz und der zivilen Verteidigung Die CDU hat sich in ihrem Grundsatzprogramm für eine Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes ausgesprochen. Mit der jüngsten Grundgesetzänderung ist der notwendige finanzielle Rahmen gegeben, rasch zu handeln. Wir begrüßen daher nachdrücklich die Änderung im Grundgesetz, die Ausgaben oberhalb von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben und u.a. Ausgaben für den Zivil- und Bevölkerungsschutz von der Schuldenbremse ausnimmt. Mit dem Positionspapier „Bevölkerungsschutz in Deutschland umfassend stärken“ vom 30. November 2024 hat die Konferenz der Innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Union einen 10-Punkte-Plan zu Stärkung des Bevölkerungsschutzes vorgelegt. Sie fordern nicht weniger als einen Paradigmenwechsel im Bevölkerungsschutz und der zivilen Verteidigung.	
A13		LV Baden-Württemberg Füge nach Zeile 120 ein: Wir fordern ferner, die Rolle der anerkannten Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz durch eine bundeseinheitliche gesetzliche Grundlage verbindlich festzuschreiben. Ihre Aufgaben, Mitwirkungspflichten und Fördervoraussetzungen müssen verlässlich geregelt und dauerhaft abgesichert sein.	Annahme

		Gleichzeitig ist eine auskömmliche und planbare Finanzierung ihrer Einsatzfähigkeit erforderlich. Dazu gehören insbesondere Investitionen in Fahrzeuge, Geräte, Ausbildungskapazitäten, Gebäude, digitale Infrastruktur sowie die Unterstützung des Ehrenamts.	
121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141		Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode mit richtungsweisenden Anträgen bereits wichtige Impulse für einen besseren Bevölkerungsschutz, zum Waldbrandschutz, zum Küstenschutz und zu Sicherheitsfragen gesetzt. Diese müssen jetzt zügig zum Tragen kommen. Die rechtliche Umsetzung der NIS-2-Richtlinie der Europäischen Union zur Stärkung der Cyberresilienz und der Kritischen Infrastruktur in Deutschland hätte bis zum 17. Oktober 2024 von der Ampel-Regierung in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Das Gesetz muss jetzt dringend kommen, um die Resilienz Kritischer Infrastruktur in Deutschland sicherzustellen. Auf europäischer Ebene zeigen die Vorbereitungen für eine Preparedness Strategy bereits erste Resultate. Der von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Niinistö-Report „Strengthening Europe’s civil and military preparedness and readiness“ fordert für die EU einen robusten, gefahren-, ressortübergreifenden und gesamtgesellschaftlichen Ansatz für militärische Vorsorge und Bereitschaft. Auch dieser Report unterstreicht, dass Vorsorge nur unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gelingen kann.	
142 143 144 145 146 147 148		Es kommt auf jede und jeden Einzelnen an Neben der unabdingbaren Verbesserung staatlicher Strukturen kommt es im Krisenfall auf jede und jeden Einzelnen an. Bevölkerungsschutz ist nicht nur eine Organisations-, sondern zuerst eine Willens- und Kompetenzfrage und geht uns alle an.	

149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163	Wer weiß, wie man für Krisen vorsorgt und sich im Gefahrenfall richtig verhält, trägt zu seiner eigenen Sicherheit, zu der seiner Familie und hilfsbedürftiger Nachbarn bei. Vorbeugung ist möglich und richtiges Verhalten kann erlernt werden. Bei einem flächendeckenden Großschadenereignis können staatliche Stellen und Hilfsorganisationen nicht sofort an jeder Stelle sein sowie alle gleichzeitig und umfassend versorgen. Deshalb kommt der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung ein besonderer Stellenwert zu. Eine selbsthilfefähige Bevölkerung ist im Krisenfall resilienter und kann Panikverhalten und Irrationalitäten verhindern. Das kann Menschenleben retten. Wir fordern:	
164 165 166 167 168	• Der Pakt für den Bevölkerungsschutz von Bund und Ländern muss jetzt ebenso kommen, wie ein Sonderpaket des Bundes für die zivile Verteidigung. Das Ziel sind nachhaltige Investitionen in die flächendeckende Ausstattung des Zivil- und Katastrophenschutzes.	
169 170 171 172 173 174 175 176 177 178	• Resilienz im Krisenfall ist auch eine große Bildungsaufgabe. Die Selbsthilfe- und Durchhaltefähigkeit der Bevölkerung bei Stromausfällen, Hochwasser, Großbränden und anderen Krisen muss durch gezielte Aufklärungs- und Informationskampagnen zielgruppengerecht alle ansprechen und durch Nutzung aller Medien alle erreichen, die dauerhaft hier leben, angefangen vom Kindergartenkind bis hin zur Seniorin. So muss etwa durch altersgerechte Schutzübungen schon in Kindergarten und Schule das richtige Verhalten in Notsituationen regelmäßig eingeübt und Warntöne bekannt gemacht werden.	
179 180 181	• Wir fordern die Einführung eines bundesweiten Zivilschutz- und Katastrophenschutztages, an dem sich alle Beteiligten, die im Zivil- und Katastrophenschutz tätig sind, vorstellen.	

	182 183 184 185 186 187 188	Personalgewinnung für das Ehrenamt und Information der Bevölkerung stehen im Mittelpunkt. Medien, Behörden und öffentliche Einrichtungen begleiten diesen Tag. Mit einer begleitenden Kampagne soll allen Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden, dass wirklich jede und jeder im Ernstfall mit seinen Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnissen gebraucht wird.	
A14		LV Schleswig-Holstein Ergänze in Zeile 179: Zukünftig soll regelmäßig mit allen Beteiligten Vorsorgeübungen durchgeführt werden. Darüber hinaus fordern wir...	Annahme
	189 190 191 192 193 194 195	• Von den Besten lernen: Einige unserer europäischen Nachbarn, insbesondere in Skandinavien, sind seit langem geübt im Bereich Zivilschutz. Insbesondere bei der Information der Bevölkerung und der Stärkung der Resilienz gibt es einen großen Erfahrungsschatz. Hier sollten wir im Sinne der Best Practice die erfolgreichen Maßnahmen adaptieren und übernehmen.	
A15		LV Schleswig-Holstein Ergänze in Zeile 195: Im Grenzgebiet zu unseren europäischen Nachbarn brauchen wir konkrete Pläne und Checklisten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenfall.	Annahme

196 197 198 199 200 201	Die Notwendigkeit der Vorsorge und einer sinnvollen Bevorratung muss stärker ins Bewusstsein jeder und jedes Einzelnen gerückt werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Lieferketten rasch zusammenbrechen können, und so alltägliche Dinge wie Toilettenpapier oder Nudeln plötzlich zur Mangelware werden können.	
202 203 204 205 206	Um bei flächendeckenden Stromausfällen eine Grundversorgung sicherzustellen, müssen überall kommunale Notfall-Anlaufstellen eingerichtet werden, wo Menschen mit Energie, einer Grundversorgung und medizinischer Erstversorgung geholfen wird.	
207 208 209 210 211 212 213 214	Die Aufrechterhaltung von wirtschaftlicher Tätigkeit, d.h. die Versorgung mit Produkten oder Ersatzteilen, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchhaltefähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ernährungs- und Versorgungssicherheit, z.B. auch mit Medikamenten und Medizinprodukten, muss gemeinsam mit Unternehmen und Verbänden gewährleistet werden. Dafür sind rechtzeitig die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.	
215 216 217 218	Die Warnung der Bevölkerung muss durch den Ausbau und die Verknüpfung von analogen und digitalen Warnmedien (Sirenen, Cell-Broadcast bzw. Warn-Apps wie NINA) weiter verbessert werden, bis die bestehenden Lücken geschlossen sind.	
219 220 221 222	Damit Menschen auch in schwierigen Zeiten einen kühlen Kopf behalten und sicher entscheiden können, muss die Medienkompetenz verbessert werden, damit Fake News und Desinformationen erkannt werden.	

	223 224 225 226 227 228	Bestehende Schutzräume müssen erhalten und modernisiert, sowie neue geplant und gebaut werden. Der Nachholbedarf ist enorm. In einem ersten Schritt müssen bestehende öffentlich zugängliche Räume wie Tiefgaragen, Tunnel oder U-Bahn-Stationen identifiziert und für den Bevölkerungsschutz nutzbar gemacht werden.	
A16		LV Schleswig-Holstein Ergänze in Zeile 223: Sammelpunkte müssen eingerichtet werden, bestehende Schutzräume...	Annahme
A17		LV Schleswig-Holstein Ergänze in Zeile 228: Darüber hinaus müssen Vorbereitungen auch in Krankenhäuser getroffen werden, damit sie in Notfallsituationen auch bspw. in Lazarette umgebaut werden können. Neue Krankenhäuser sollten so gebaut werden, dass sie widerstandsfähig und flexibel nutzbar sind.	Annahme
	229 230 231 232 233 234 235	Zur Bewältigung von Naturkatastrophen wollen wir eine verpflichtende Elementarschadenversicherung. Bei der Ausgestaltung ist sicherzustellen, dass alle Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer auch tatsächlich Zugang zur Pflichtversicherung bekommen und die Sozialverträglichkeit im Hinblick auf die Bezahlbarkeit gewahrt ist.	

A18		LV Schleswig-Holstein Füge nach Zeile 235 einen neuen Bulletpoint ein: Wir fordern die schnelle Einbringung des KRITIS Dachgesetz-Entwurfs im Deutschen Bundestag, damit unser Land auch im Katastrophen- und Zivilschutz grundsätzlich neu aufgestellt ist und zügig notwendige Strukturen schaffen kann.	Annahme
	236 237 238 239 240 241 242 243 244 245	Rückgrat Ehrenamt stärken Rund 1,7 Millionen aktiver und gut ausgebildeter Helferinnen und Helfer stellen ein riesiges Potential dar. Die mitunter flächendeckenden und langanhaltenden Krisen und Katastrophen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es im Bevölkerungsschutz mehr denn je auf die Stärkung der Durchhaltefähigkeit des ehrenamtlichen geprägten Systems ankommt. Wir fordern:	
	246 247 248 249	Die Wertschätzung haupt- und ehrenamtlicher Einsatzkräfte muss durch eine gezielte Anerkennungskultur und gute Ausstattung verbessert werden. Das motiviert und hilft bei der Gewinnung von Nachwuchs.	
	250 251 252 253	Angriffe auf Einsatzkräfte verurteilen wir scharf. Einsatzkräfte müssen strafrechtlich noch besser geschützt werden, das gilt auch für Angehörige der Gesundheitsberufe. Wir stellen uns ohne Wenn und Aber hinter Polizei und Rettungskräfte.	
	254 255 256 257 258 259	Die Strukturen und Abläufe im Zivilschutz- und im Katastrophenfall sind grundlegend zu prüfen und mit praxisnahen Übungen und einheitlich hohen Ausbildungsstandards zu stärken. Die Ausbildungsangebote müssen dem wachsenden Bedarf an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern angepasst werden.	

	260 261 262 263	Der zweite bereits beschlossene Standort der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe muss jetzt realisiert werden, um den wachsenden Bedarf an Ausbildung für Fach- und Führungskräfte zu decken.	
A19		Landesverband Mecklenburg-Vorpommern Streiche in Zeile 260 bis 261: Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Setze: Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ)	Annahme in geänderter Fassung Ergänze in Zeile 261: Der zweite bereits beschlossene Standort der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ), muss jetzt realisiert werden, um den wachsenden Bedarf an Ausbildung für Fach- und Führungskräfte zu decken.
	264 265 266	Die Helfergleichstellung muss zeitnah umgesetzt werden, damit ehrenamtlich Tätige die gleiche Wertschätzung und Unterstützung erfahren wie hauptamtliche Kräfte.	
	267 268 269 270 271 272 273 274 275	In der freiwilligen Feuerwehr, beim THW und bei den Hilfsorganisationen sind zahlreiche Frauen als Fördermitglieder, im Ehrenamt oder im Hauptamt engagiert. In einzelnen Hilfsorganisationen stellen sie die Hälfte der Kräfte. Im Zivilschutz sind Frauen auch im Krisenfall besonders wichtig. In Zukunft wird es deshalb darauf ankommen, dass Frauen noch stärker etwa bei der freiwilligen Feuerwehr und beim THW tätig sind und in der Breite der anfallenden Aufgaben tätig und geschult sind. Darum ist verstärkt zu werben.	

A20		Landesverband Sachsen-Anhalt	Annahme in geänderter Fassung
		Zeile 275: Ändere „Darum ist verstärkt zu werben.“ in „Dafür werden wir als Frauen Union auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werben.“	Ergänze in Zeile 275: Darum müssen wir alle verstärkt werben.
	276 277 278 279 280 281 282	• Der Aufbau einer „Zivilen Reserve“ muss entschlossen vorangetrieben werden, u.a. durch Anreize für eine freiwillige Grundausbildung im Bevölkerungsschutz. Das würde die Hilfsorganisationen im Ernstfall stärken und die Bundeswehr entlasten. Dabei sind auch geeignete Strukturen für die Koordinierung und Einbindung von sogenannten Spontanhelfern, aber auch von Unternehmen, zu erarbeiten.	
	283 284 285 286 287 288 289 290 291	• In außergewöhnlichen Notlagen kommt es auf die Resilienz und Selbsthilfefähigkeit aller Altersgruppen der Bevölkerung auch im Gesundheitsschutz an. Es geht darum, vom Schulkind bis zur Rentnerin zur Selbst- und Fremdhilfe im Zivilschutz zu befähigen, bis professionelle Rettungskräfte eintreffen. Denn im Krisenfall müssen nicht nur akute Notfallpatienten versorgt werden. Die normale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung muss weiter aufrechterhalten und Pflegebedürftige weiter versorgt werden.	

292 293 294 295 296 297 298 299 300 301 302	Der demografische Wandel erfordert einen starken Fokus bei der Selbst- und Nachbarschaftshilfe auf die Pflege. Professionelle Einrichtungen und Dienste der Langzeitpflege brauchen im Krisen- und Katastrophenfall zusätzlich Unterstützung. Die Qualifizierung von Pflegeunterstützungskräften ist allerdings bisher im Bundeshaushalt nicht berücksichtigt. Deshalb muss der Bund sowohl seinen gesetzlich verankerten Verpflichtungen zur Förderung der Erste-Hilfe-Ausbildung mit Selbsthilfeeinheiten und für Pflegehilfskräfte vollumfänglich nachkommen und diese so sicherstellen.	
303 304 305 306 307 308 309	Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Ehrenamt müssen analysiert und nationale Gegenstrategien entwickelt werden, um den Bevölkerungsschutz auch mittel- und langfristig aufrechterhalten zu können. Dabei ist auch zu prüfen, Rentnerinnen, Rentnern und Pensionäre stärker die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Fähigkeiten weiter einzubringen und dafür eine Entschädigung zu bekommen.	
310 311 312 313 314 315 316 317 318 319 320 321 322 323	Im Krisen- und Konfliktfall: Gemeinsam stark Die Bundeswehr ist der Garant für unsere äußere Sicherheit. Seit Jahren kann sie den angestrebten Personalbedarf dafür nicht decken. Wir brauchen aber eine starke, verteidigungs- und kampffähige Bundeswehr. Denn wir müssen auch zusammen mit unseren Partnern in der EU und der NATO in der Lage sein, uns gemeinsam zu verteidigen. Auch für die territoriale Verteidigung und besondere Bedrohungslagen ist die Bundeswehr unverzichtbar. Am 1. April 2025 wurde die Heimatschutzdivision der Bundeswehr in Berlin in Dienst gestellt. Die Soldatinnen und Soldaten der Heimatschutzdivision – zunächst insgesamt etwa 6.000 Männer und Frauen – sollen in Deutschland Infrastruktur schützen, einen Truppenaufmarsch Verbündeter absichern und Amtshilfe bei Katastrophen leisten.	

324 325 326 327 328 329 330 331	Wir sind davon überzeugt: Das Verhältnis zwischen dem Staat einerseits und seinen Bürgerinnen und Bürgern andererseits ist geprägt von Rechten und Pflichten. Jede und jeder Einzelne steht damit auch in der Verantwortung, sich für das Gemeinwohl einzubringen. Wir setzen auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für Frauen und Männer, das wir mit der aufwachsenden Wehrpflicht zusammendenken.	
332 333 334 335 336 337 338 339 340 341 342 343	Zunächst soll jeder junge Mann und jede junge Frau einmal im Leben das konkrete Angebot zu einem Gesellschaftsdienst erhalten. Die Einsatzbereiche können im sozial-karitativen, ökologischen, kulturellen oder gemeinnützigen Feldern liegen. Ein besonderes Augenmerk ist auf den freiwilligen Wehrdienst, den Zivilschutz und den Heimatschutz zu legen. Freiwilligendienste und der Bundesfreiwilligendienst sind zu stärken. Um die Akzeptanz und Attraktivität des allgemeinen Gesellschaftsdienstes zu steigern, gilt es, die Arbeit in den Bereichen der Dienste und ihre gesellschaftliche Anerkennung entsprechend aufzuwerten. Entscheidend ist die Wertschätzung des Einsatzes.	
A21	LV Schleswig-Holstein Streiche in Zeile 332: Zunächst soll jeder junge Mann und jede junge Frau einmal im Leben das konkrete Angebot zu einem Gesellschaftsdienst erhalten.	Annahme
344 345 346 347 348 349 350	Zugleich wollen wir mit einer aufwachsenden Wehrpflicht dem Personalbedarf zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit gerecht werden. Aus dem Kreis der Gemusterten sollen diejenigen benötigten Tauglichen kontingentiert und zum Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre Bereitschaft zum Wehrdienst signalisiert haben. Die Bundeswehr soll nur so viele Einberufungen vornehmen, wie es die Streitkräfteplanung	

	351 352 353 354 355	erfordert. Wie bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 wird es wieder möglich sein, seinen Dienst beispielsweise in einer „Blaulichtorganisation“ abzuleisten. Dieses Modell stärkt die Resilienz unseres Landes im Rahmen der Gesamtverteidigung.	
	356 357 358 359 360 361 362 363 364 365	Der Platz der Bundeswehr ist in der Mitte unserer Gesellschaft. Der Dialog über die Rolle der Bundeswehr in der Gesellschaft und über sicherheitspolitische Themen muss gerade auch mit Jugendlichen geführt werden. Es muss selbstverständlich sein, dass Jugendoffiziere Jugendliche in Schulen informieren. Auch Universitäten müssen sich wieder mit Verteidigung und Wehrfähigkeit befassen bzw. dazu forschen. Freiwillige Selbstverpflichtungen wie Zivilschutzklausel für universitäre Forschung müssen angesichts der Bedrohungslage überprüft werden.	
A22		LV Sachsen-Anhalt Zeilen 359-360: Ändere „Es muss selbstverständlich sein, dass Jugendoffiziere Jugendliche in Schulen informieren.“ In: „Es muss selbstverständlich sein, dass Jugendoffiziere in Schulen einen Beitrag zur politischen Bildung leisten und Jugendliche über sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen informieren.“	Annahme

A23		LV Sachsen-Anhalt Zeilen 360-362: Streiche: „Auch Universitäten müssen sich wieder mit Verteidigung und Wehrfähigkeit befassen bzw. dazu forschen.“	Annahme in geänderter Fassung Ergänze in Zeile 361: Auch Universitäten müssen sich wieder intensiv mit Verteidigung und Wehrfähigkeit befassen bzw. dazu forschen
A24		LV Sachsen-Anhalt Zeile 363: Ändere „Zivilschutzklausel“ in „Zivilklausel“	Annahme
A 25		LV Schleswig-Holstein Füge in Zeile 365 einen neuen Bulletpoint ein: Gleichzeitig müssen die Meldedaten und Mitgliederverzeichnisse von Bundeswehrangehörigen, Reservisten und Angehörigen des Zivil- und Katastrophenschutzes regelmäßig aktualisiert und abgeglichen werden. Ziel ist es, die tatsächliche Stärke der Einsatzbereiten Kräfte pro Organisation zu kennen, um personelle Überschneidungen zwischen den Organisationen frühzeitig zu erkennen und Einsätze bedarfsgerecht organisieren zu können.	Annahme
	366 367 368 369	Der rechtliche Rahmen für den Einsatz der Bundeswehr für bestimmte Aufgaben im Innern ist zu eng gezogen. Zum Schutz der Bevölkerung muss das für besondere Bedrohungslagen, in denen nur die Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten	

370 371 372	zur Gefahrenabwehr verfügt, geändert werden. Kompetenzerweiterungen dürfen jedoch nicht fehlende oder nicht ausreichende zivile Kapazitäten ersetzen.	
373 374 375 376 377 378 379 380	• Auch wenn Frauen heute selbstverständlich in der Bundeswehr Dienst tun und die Bundeswehr sich aktiv dafür einsetzt, mehr Frauen für militärische und zivile Karrieren zu gewinnen, dienen heute noch ganz überwiegend Männer in der Bundeswehr. Der Frauenanteil in der Bundeswehr lag 2023 bei etwa 12 bis 13 Prozent, unter den Reservisten ist der Frauenanteil mit 5 bis 6 Prozent nur halb so hoch. Deshalb ist es unabdingbar, dass sie auch in der Breite der Fähigkeiten geschult und erfahren sind.	
381 382 383	• Den 2024 und 2025 hinzugekommenen Heimatschutzregimentern der Bundeswehr müssen zeitnah die Aufstellung der weiteren geplanten Heimatregimenter folgen.	